Schluss mit der Benachteiligung: Bildungsgerechtigkeit braucht starke Gemeinschaftsschulen!

Unsere Gesellschaft ist in einer Krise. Die Bildung ist in einer Krise. 9% der Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss. Die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft wächst immer weiter. Die basalen Kompetenzen nehmen ab.

Wir glauben, dass die Stärkung und Aufwertung der Gemeinschaftsschulen die richtige Antwort auf die Krise ist.

Gemeinschaftsschulen sind leistungsstark. Sie verfolgen anspruchsvolle und innovative Konzepte zur Förderung ihrer Schülerinnen und Schüler. Sie organisieren lebensnahe Lernerfahrungen, insbesondere in Berufsorientierung, kultureller Bildung und Fremdsprachen. Sie sind der kindgerechte Weg zum Abitur. In Gemeinschaftsschulen lernen die Schülerinnen und Schüler solidarisch und inklusiv. Sie sind die echten Schulen der Demokratie, weil alle dazu gehören. Die Gemeinschaftsschulen gewährleisten die Inklusion der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, der großen Mehrzahl der Schülerinnen und Schüler mit Deutsch als Zweitsprache und aller sozialen Schichten. Für diese gute Arbeit fehlt aber die gesellschaftliche Anerkennung sowie die politische Unterstützung.

Wie die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Landtagsfraktion im April 2026 gezeigt hat, bekommen sie nicht die Ressourcen, die sie brauchen.

Das betrifft vor allem ausgebildete Lehrkräfte. Die derzeitige Ausbildungsordnung benachteiligt Schulen ohne eigene Oberstufe. Sie können Lehrkräfte mit „gymnasialem“ Lehramt nur mit komplizierten Ausnahmeregeln ausbilden. Das betrifft auch Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, die nur ein Fach auf Oberstufenniveau mitbringen. Gleichzeitig werden aber doppelt so viele Lehrkräfte des „gymnasialen“ Lehramts ausgebildet, wie Lehrkräfte für das Lehramt Sekundarstufe I (Gemeinschaftsschulen).

Das Bildungspaket der Koalition hat an den Gemeinschaftsschulen Stellen geschaffen, das war ein Fortschritt. Damit die Stellen bedarfsgerecht besetzt werden, muss ein schulscharfer Sozialindex dauerhaft und transparent zur Grundlage der Personalzuweisung werden.

Die Abschulungen der Gymnasien sind ein Systemfehler, der allen schadet. Sie zerstören das Selbstbewusstsein der Schülerinnen und Schüler. Wir wollen diese Schülerinnen und Schüler – und zwar in Jahrgang 5! Dafür müssen die Gemeinschaftsschulen mehr Ressourcen erhalten und mehr politische und gesellschaftliche Anerkennung erfahren.

Völlig unverständlich ist, warum Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe einer anderen Schulaufsicht unterstehen als Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe.

Wir fordern, dass die defizitorientierte Bezeichnung „Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe“ abgeschafft wird. Es genügt, von Gemeinschaftsschulen zu sprechen.

Wir fordern, dass alle Gemeinschaftsschulen der Schulaufsicht des Ministeriums unterstehen. Das gewährleistet einen direkten Informationsfluss und größere Selbstverantwortung. Es ist eine Frage der Gleichberechtigung und Anerkennung aller Gemeinschaftsschulen.

Wir fordern, dass die Lehrkräftezuweisung, die Zuweisung des weiteren pädagogischen Personals (Schulsozialarbeiter/innen, Schulpsycholog/innen, Schulbegleitungen, Schulassistenzen) und des Verwaltungspersonals transparent und systematisch nach einem schulscharfen Sozialindex vorgenommen werden.

Wir fordern, dass sich der Sozialindex nicht allein an den Sozialraumdaten orientiert, sondern an den Schülerinnen und Schülern. Das kanadische System, das anhand der Schülerinnen und Schüler den Schulen Ressourcen zuordnet, halten wir für vorbildlich. Die Ressourcen gehören zu den Kindern.

Wir fordern, dass die Ausbildung so gestaltet wird, dass unsere Schulen ausreichend mit Fachlehrkräften versorgt werden, dazu gehört auch eine grundständige Ausbildung für die Integrationsfächer Weltkunde und Naturwissenschaften.

Wir fordern, dass alle Gemeinschaftsschulen eine Oberstufe bekommen, am eigenen Standort, durch Kooperationen oder durch Oberstufenzentren. Alle Gemeinschaftsschulen müssen das Recht haben, Schülerinnen und Schüler in die Oberstufe zu versetzen, wenn sie der Auffassung sind, dass diese dort erfolgreich mitarbeiten können. Alle Gemeinschaftsschulen müssen das Recht haben, Schülerinnen und Schüler vom MSA freizustellen.

Wir fordern, dass Gemeinschaftsschulen, die keine eigene Oberstufe haben, bezogen auf die Zahl ihrer Schülerinnen und Schüler genauso viele Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst zugewiesen werden wie den Schulen mit Oberstufe.

Wir fordern, dass zu diesem Zweck auch „gymnasiale“ Lehrkräfte ohne Quereinstieg an Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe ausgebildet werden können.

Wir fordern, dass die Qualifikation „gymnasialer“ Lehrkräfte im Bereich Differenzierung und sonderpädagogische Förderung verbessert wird. Die Gemeinschaftsschulen sind dafür geeignete Ausbildungsorte.

Wir fordern, dass alle Lehrkräfte die gleiche Unterrichtsverpflichtung haben und pädagogische Aufgaben mit Stunden hinterlegt werden. Alle Lehrkräfte müssen die Möglichkeit zu einer A 14-Beförderung bekommen.

Wir fordern, dass mittelfristig ein Sekundarstufenlehramt eingeführt wird.

Wir fordern, dass Gemeinschaftsschulen mit eigener Grundschule als wertvolle integrierte Systeme betrachtet und gefördert werden. Sie sollen so viele Leitungsstunden und Funktionsstellen bekommen wie getrennte Systeme.

Wir fordern, dass alle Schulen die Schülerinnen und Schüler, die sie in 5 aufnehmen, in pädagogisch verantwortlicher Weise zu einem Schulabschluss führen. Zu diesem Zweck sollen alle Schulen verpflichtend ESA- und MSA-Prüfungen anbieten.

Diese Schritte sehen wir als wichtigen **Übergang zu einem System des gemeinsamen Lernens**, in dem alle Schülerinnen und Schüler gefördert und gefordert werden – **in einer Schule für alle.**